

Um eine kritische Geschichte bittend

Man beobachtet Spezialisierung, verbunden mit Überproduktion, dazu mangelnde Kommunikation der Fachvertreter: Die deutsche Historiographie muss Wege aus dem Konformismus finden.

Mit Veranstaltungen vom archaischen Griechenland bis zur Gegenwart wurde auf dem kürzlich zu Ende gegangenen Historikertag die Einheit einer Geschichtswissenschaft zelebriert, die es so nicht mehr gibt. Denn inzwischen ist zur räumlichen und epochalen Differenzierung die methodische gekommen und kennt die Vielfalt der Themen keine Grenzen mehr. Diese Entwicklung hat die Geschichtswissenschaft so gut wie gar nicht kritisch begleitet.

Ihr ist daher entgangen, in welchem Umfang ein wesentliches Konstituens der Einheit einer Wissenschaft verlorenging, nämlich die Kommunikation zwischen denen, die ihr angehören. Trotz des gebetsmühlenhaft wiederholten Rufes nach Interdisziplinarität wird schon gar nicht mehr erwartet, dass die Ergebnisse über die Teildisziplinen eines Faches hinweg zur Kenntnis genommen werden. Auch in diesen selbst verhallt zu vieles ungehört. In jahrelanger Arbeit fördern immer umfangreichere monographische Studien tiefschürfende Einsichten zutage. Doch wozu, wenn deren Ergebnisse sich nicht einmal mehr in thematisch zusammenfassenden Untersuchungen oder Gesamtdarstellungen niederschlagen?

Hätte es nicht eine kritische Selbstreflexion anstoßen müssen, dass die Spezialisierung auf immer kleinere Gebiete nicht mehr Tiefe gebracht hat, sondern nur mehr Detailuntersuchungen, deren Schicksal es ist, in Antiquariaten und Bibliotheken Staub anzusetzen? Ein schönes Indiz dafür, in welche Aporie Spezialisierung und gleichzeitige Überproduktion geführt haben, ist der Topos, mit dem inzwischen fast jede Studie eingeleitet wird. Zunächst wird darüber geklagt, dass viel zu viel erscheine, um sogleich das vorgelegte Werk damit zu rechtfertigen, dass zu dem behandelten Komplex noch nie etwas gesagt worden sei.

Der Geschichtswissenschaft steht mit den Rezensionen ein Instrumentarium zur Verfügung, mit dem sie Überspezialisierung und Massenproduktion wenigstens ansatzweise hätte in den Griff bekommen können. Dass dies nicht gelingt, liegt zum einen daran, dass die Rezensionen sich vor der Publikationsflut immer mehr in den Schnellschuss retten. Zum anderen suchen die Fachzeitschriften den Ausweg in der Kürzung der Besprechungen, der Ausweitung des Besprechungsteils oder dessen Auslagerung ins Internet. Solche Maßnahmen steigern aber nicht die Qualität. Statt auf Ausweitung hätte man sich auf das konzentrieren sollen, was einer kritischen Prüfung wert ist.

Akteneditionen, die niemand liest

So könnten die Rezensionen ein Medium substantieller Information und diskursiver Standardbildung werden. Das könnte auch ein Schritt sein, den kritischen Diskurs, doch die Essenz jeder Geisteswissenschaft, auszuweiten und zu beleben. Ihn von der Sterilität der ziemlich geschlossenen Netzwerke von Forschern zu befreien, die nur noch dieselben Publikationen zur Kenntnis nehmen, sich in denselben Fachzeitschriften austauschen und sich auf denselben Symposien begegnen. So wie es derzeit läuft, wird die Herausforderung durch die Öffnung zu den anderen hin eher vermieden als gesucht.

Einer kritischen Überprüfung müsste sich auch einmal die institutionalisierte Großforschung stellen, die sich über Jahrzehnte einem Thema widmet. Das Großprojekt „Aufstieg und Niedergang der römischen Welt“ hat sich in 84 Bänden niedergeschlagen, deren Umfang öfters 1000 Seiten übersteigt. Es war kaum beendet, da wurden diese auch schon veramscht. Dieses Jahr wurde das Unternehmen der Edition der Akten zum Westfälischen Friedenskongress von 1648 eingestellt; schon zuvor war den „Briefen und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“ das gleiche Schicksal widerfahren. Innerhalb der Zufut jeweils nicht die geringste Reaktion. Woraus doch nur geschlossen werden kann, dass Dutzende voluminöser Bände, die in jahrelanger kostspieliger Arbeit hergestellt wurden, niemand vermisst außer denen, die davon leben.

Die Geschichtswissenschaft präsentiert sich also als eine Wissenschaft, die sich zufriedengibt mit dem Anhäufen von Wissen, das sie selbst nicht mehr überblickt, geschweige denn geistig noch durchdringen kann. Die Produktion gleicht in erheblichen Teilen mehr einer wilden Wucherung als einem zweckgerichteten Prozess. Ein Zeichen dafür, dass in der Geschichtswissenschaft schon längst keine Einigkeit mehr darüber besteht, was sie will und kann, dass ihr insgesamt ein Orientierung gebendes Wissen von sich selbst fehlt. Eine Folge dieses fehlenden Selbstbewusstseins ist die Anpassung an von außen vorgegebene Themen.

Die Geschichtswissenschaft glaubt, sich auch dadurch rechtfertigen zu müssen, dass sie tatsächliche oder vermeintliche Wünsche der Gesellschaft bedient. Sie nimmt aktuelle Tendenzen auf, legitimiert sie historisch und verstärkt sie so.

Nun ist kaum etwas dagegen einzuwenden, dass eine Wissenschaft ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit vermittelt und sich in die Debatten einschaltet. Doch problematisch wird es, wenn die Forschung immer zeitgeistkonformer wird. Nicht nur dadurch, dass sie aufnimmt, was gerade im Schwange ist, sondern indem sie dem Zeitgeist liefert, was er erwartet. Selbst Programme von Institutionen der Forschungsförderung sind davon nicht frei. Wissenschaft dient einer Gesellschaft aber doch wohl mehr dadurch, dass sie ihre Autonomie wahrt, als durch vordergründige Anpassung. Sie darf sich Themen und Sichtweisen nicht aufdrängen lassen, sondern muss sie aus sich heraus festlegen. Dann erfüllt sie auch ihre kritische Funktion.

Eine Folge dieser geistigen Verfassung ist eine schier unbegrenzte Beliebigkeit. Historiker sind gelegentlich von dem Komplex geplagt, ihrer Zeit hinterherzuhinken. Irritationen sind dann wohl kaum mehr zu vermeiden. Im vergangenen Jahr wurden etwa Wissenschaftler verschiedener Disziplinen zu einer Tagung mit dem Thema „Das stille Örtchen: Fäkalien und ihre Entsorgung im Mittelalter“ gerufen.

Ranke-Briefe mit groben Fehlern

Doch es sind nicht nur Verwerfungen des Wissenschaftsbetriebs, die das Bild trüben, sondern auch das Verhalten der Wissenschaftler selbst. So hat leider auch die Geschichtswissenschaft ihren Beitrag zu den plagiierten Dissertationen geleistet. Dabei wurde deutlich, dass wissenschaftlich belanglose Themen vergeben werden, die Kompetenz zu deren Beurteilung nicht immer ausreicht und vor allem, dass sie schlampig begutachtet werden. Merkwürdig nur, dass weder Wissenschaftspolitiker noch die Universitäten sich dadurch dazu gedrängt sahen, über institutionelle Sicherungen nachzudenken, die solches Fehlverhalten in Zukunft verhindern.

Mehr Solidarität und Beachtung des Berufsethos sind auch der einen oder anderen wissenschaftlichen Kommission zu empfehlen. Das legt zumindest der Skandal um den ersten Band der Ranke-Briefe nahe. Von den Fachleuten der Kommission und besonders von jahrelangen Betreuer des Bearbeiters ist nicht bemerkt worden, dass dieser einen völlig untauglichen Text vorgelegt hat. Er enthielt so grobe Lesefehler, dass diese selbst ohne Kenntnisse der Vorlage erkennbar waren. Erst als sich ein von außen kommender Ranke-Kenner die Mühe machte, das Elaborat genauer anzusehen, wurde das Desaster offenbar. Hier wird über den Einzelfall hinaus ein Grundproblem des Wissenschaftsbetriebs deutlich: Es sitzen in zu vielen Kommissionen immer dieselben Leute. Obwohl sie sich deswegen mit einigem Recht überlastet fühlen, kommen sie nicht auf den Gedanken, ihren Einsatz zu reduzieren. Folge dieses Rundum-Engagements ist, dass Zeit und Kraft fehlen, um die jeweilige Aufgabe ordentlich zu machen.

Es wird wohl nicht nur mehr geschrieben, als überhaupt noch aufgenommen werden kann, sondern es gibt anscheinend auch mehr Tagungen als kompetente Veranstalter und interessierte Teilnehmer. Ein aufschlussreicher Beleg dafür sind die immer beliebteren „Calls for Papers“. Denn was besagt der wohllose Hilferuf in die Gemeinschaft der Wissenschaftler? Doch wohl zuallererst, dass der Veranstalter einer Konferenz, der ja Experte des Themas sein sollte, um das es geht, keine Ahnung davon hat, wer sich damit befasst. Und wer meldet sich da? Vermutlich zunächst diejenigen, die schon etwas zum Thema in der Schublade haben, meist schon Solches oder Ähnliches an anderer Stelle veröffentlicht haben. Das Ergebnis ist Abgestandenes, das den Berg von schon hunderten Gesagtem und Geschriebenem vermehrt. Dabei gehört es inzwischen zum schlechtesten Ton, dass mancher Referent frühestens zu seinem Vortrag anreist und sofort danach wieder verschwindet. Eine besondere Form, seine Wertschätzung gegenüber dem Veranstalter und den anderen Referenten zu bekunden.

Dass kollegiale Solidarität erkennbare Grenzen hat, hat überdeutlich die Auflösung des Max-Planck-Instituts für Geschichte gezeigt. Die deutsche Geschichtswissenschaft hat nämlich eine ihrer angesehnen Einrichtungen verloren, weil bei der Wiederbesetzung der beiden Direktorenstellen persönliche und gruppenegoistische Motive bei den Kandidaten wie bei den in die Entscheidung eingebundenen Historikern in einem solchen Maße im Vordergrund standen, dass sich der Vorstand der Max-Planck-Gesellschaft dafür entschied, das Institut aufzulösen. Die Zufut der Historiker, die sich sonst ihren kritischen Umgang mit allem und jedem zugutehält, hat an der Aufarbeitung dieses Akts kollegialer Destruktion nie ein Interesse gezeigt. Doch braucht man die Hoffnung noch nicht aufzugeben. Die Historiker haben sich ja auch erst dann in die inzwischen unüberschaubare Schar derer eingereiht, die die Rolle ihrer führenden Vertreter in der Zeit des Nationalsozialismus durchleuchten, als es niemand mehr weh tat.

KARSTEN RUPPERT



1951 kam der Film „I Was a Communist for the FBI“ in die Kinos. Er gehörte zu den rund zwei Dutzend antikommunistischen Produktionen der frühen fünfziger Jahre, die gern der Ästhetik des Film noir folgten. Unser Bild zeigt Frank Lovejoy in der Rolle des Matt Cvetic, der im Auftrag des FBI die Partei von innen beobachtet, und Dorothy Hart als Eve Merrick, eine kommunistische Lehrerin, die inzwischen von der Partei enttäuscht ist.

Foto: imago/Entertainment Pictures

Der Feind steht links

Alle Wege des Marxismus führten nach Moskau: Historisierter Antikommunismus

Was verbindet den Franco-Putsch 1936 oder die „Rote Socken“-Kampagne der CDU 1994 mit Warnungen vor einem Linkspartei-Ministerpräsidenten Bodo Ramelow anno 2014? Das Symposium „Der Antikommunismus in seiner Epoche“ des „Jena Center Geschichte des 20. Jahrhundert“ suchte am Wochenende Antworten. Aber je länger diskutiert wurde, desto größer wurden die Zweifel, wer überhaupt die Antikommunisten sind und wo sie am Werke waren.

Schon der Veranstaltungstitel, eine Anspielung auf Ernst Noltes Buch über den „Faschismus in seiner Epoche“, behandelte den Antikommunismus als ein Vergangenes. Im Eröffnungsvortrag definierte Noltes einstiger Assistent Anselm Doering-Manteuffel (Tübingen) Antikommunismus als „Angst vor einer materiellen und ideellen Bedrohung von außen mit Agenten von innen“. Während die Münchner Räterepublik als ausländisches Werk galt, wurde draußen im Lande von Mehrheitssozialdemokraten dominierten Räten, die normale Verwaltungsaufgaben erledigten, vertraut.

In den zwanziger Jahren habe es kaum Antikommunismus gegeben, eher Antimarxismus und Antisozialismus, bezogen auf die SPD, die sich im Heidelberger Programm noch zum Marxismus bekannte. Hauptfeind der NSDAP sei der westliche Liberalismus, exekutiert vom „internationalen Judentum“, gewesen. Das ermöglichte partiell Zusammenarbeit mit Kommunisten, vom BVG-Streik bis zum Hitler-Stalin-Pakt. Ausdifferenzierten Antikommunismus sah Doering-Manteuffel eher in den Reihen der SPD. Als Hitler 1933 die „Überwindung des Marxismus“ proklamierte, habe er primär die SPD als innere und den Bolschewismus Russlands als äußere Gefahr gemeint. In ihrer Bedeutung kaum zu unterschätzen für den Antikommunismus nach 1945 seien die Flüchtlinge und Vertriebenen sowie die Kriegsheimkehrer gewesen – Millionen, „die damals Bescheid wussten über ‚den Iwan‘“. Adenauer habe, so Doering-Manteuffel, geradezu panisch auf den Abschied vom Marxismus im Godesberger Programm der SPD 1959 reagiert. Nun waren innergesellschaftlicher Antimarxismus und außenpolitischer Antibolschewismus nicht mehr einfach gegen die SPD zu bündeln; die CDU lief vollends ins Leere mit Wehners Schwenk zur Westbindung 1960.

An die Anfänge des Antibolschewismus erinnerte Robert Gerwarth (Dublin). Als Karl Liebknecht nach der Haftentlassung eine Demonstration in Berlin vom Potsdamer Platz zur sowjetischen Botschaft führte, wurde das Fremde akzentuiert. Thomas Mann schauderte es wie Winston Churchill vor der „Verschwörung“ von Juden und Bolschewismus. Polnische Nationaldemokraten, so Grzegorz Krzywicz (Warschau), agitierten 1919 unter Verweis auf Trotzki gegen eine drohende Machtübernahme der Juden in Polen.

habe, in die „Volksgemeinschaft“ zurückzukehren.

Dass der Antikommunismus auch Märtyrer schuf, zeigte Siegfried Weichlein (Fribourg) am Schicksal von Kardinal József Mindszenty. Dessen Gefangenschaft in Ungarn ab 1948 verfilmte Hollywood in „The Prisoner“ (mit Alec Guinness) und „Guilty of Treason“. Iris Schröder (Erfurt) illustrierte den neben der Komintern lange übersehenen liberalen Internationalismus mit der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, gegründet 1919, um antibolschewistisch den Kapitalismus zu humanisieren.

Als es um den „Antikommunismus als regierende Partei“ ging, irritierte Stefanie Schüler-Springorum (Berlin), indem sie darlegte, dass Franco in Spanien ursprünglich kaum kommunistische, mehr anarchistische Gegner hatte. Seine Obsession war eher eine Freimaurerverschwörung. Für Axel Schildt (Hamburg), markiert das Motto Ulrich von Hassells im Widerstand gegen Hitler 1943, dass man sich im Überlebenskampf des Abendlandes gegen den Bolschewismus befinde, eine Zäsur: Antikommunismus nicht mehr republik- und demokratiefeindlich, sondern westlichen Individualismus gegen östlichen Kollektivismus favorisierend. Wo Antisemitismus war, soll Abendland werden.

Der Amerikanist Jörg Nagler (Jena) präsentierte die lange Kette amerikanischer Überwachungsgesetze, vom Einreiseverbot für Anarchisten (1903) bis zur Abschingung nach nicht eingebürgertem Oppositioneller nach der Streikwelle 1918/21, und neue Aktenfunde, die zeigen – was trotz McCarthy-Paranoia nicht übersehen werden sollte –, wie Kommunisten in den Vereinigten Staaten tatsächlich spionierten. Schildts Verwestlichungszählung kritisierte Nadler als traditionelle Nationalgeschichte unter modernem Vorzeichen, die massive amerikanische Machtpolitik in Westdeutschland ausblende – das Wort „Reeducation“ sei kein einziges Mal gefallen.

In der Abschlussdiskussion hatte der scheinbar klare Antikommunismus-Begriff seine Eindeutigkeit verloren, von „Antikommunismus“ war die Rede. „Franco brauchte nicht den Antikommunismus, um seine Gegner umzubringen“, meinte Gerd Koenen und entgegnete dem Einwand Albrecht von Luckes (Berlin), die Kontroversen um die Ukraine oder Bodo Ramelow zeigten, dass weder Kommunisten noch Antikommunisten abgegolten seien, dass die Formation des Kommunismus als Erscheinung des zwanzigsten Jahrhunderts an ihr Ende gekommen und die Historisierung mithin berechtigt sei. Wer Koenen, im von ihm so genannten „roten Jahrzehnt“ Redakteur einer pekingorientierten Zeitung, zuvor neben Schildt, einst Redakteur der moskau-orientierten „Marburger Blätter“, nebeneinander setzen und tuscheln sah, der hatte für einen Augenblick die Wirklichkeit dieses Kommunismus-Untergangs beobachtet können.

GÜNTER PLATZDASCH

Als Volk sichtbar werden

Kurdisches Kino

Die Entstehung einer modernen nationalen kurdischen Kultur wurde lange durch die geographische Zerstreuung der Kurden erschwert. In ihren Siedlungsgebieten in der Türkei, im Irak, in Iran und Syrien sprechen die Kurden nicht nur verschiedene Sprachen und Dialekte, sondern sind auch durch die jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen geprägt. Erst in der europäischen Diaspora wurde es ihnen möglich, einander näherzukommen und dank grenzüberschreitender elektronischer Medien gemeinsam kulturelle Aktivitäten zu entfalten.

Einen Schwerpunkt bildet dabei seit anderthalb Jahrzehnten der Film, der der türkischen Anthropologin und Medienkritikerin Sunecem Koçer zufolge zu einem wichtigen Medium politischer und kultureller Selbstbehauptung der Kurden geworden ist (Sunecem Koçer: „Kurdish Cinema as a Transnational Discourse Genre: Cinematic Visibility, Cultural Resilience and Political Agency“, in: International Journal of Middle East Studies, Bd. 46, Heft 3, Cambridge 2014).

Wie eine Initialzündung scheint hier die Verleihung der Goldenen Kamera 2000 in Cannes an den iranisch-kurdischen Regisseur Bahman Ghobadi gewirkt zu haben. Das starke internationale Echo auf sein Filmdebüt „Die Zeit der trunkenen Pferde“ inspirierte kurdische Kulturaktivisten in London zu der Idee, ein kurdisches Filmfestival zu organisieren. Die treibende Kraft hinter der Initiative war der Kurde Mustafa Gündoğdu, der die erste derartige Veranstaltung denn auch schon 2001 mit Hilfe von Fördermitteln auf den Weg brachte, mit denen die britische Regierung die Kulturpflege einheimischer Migrantengemeinden unterstützt. Das Festival sollte, wie Gündoğdu im Gespräch mit der Autorin erklärte, eine Antwort auf jede Art von Kulturimperialismus sein, der das kurdische Erbe stets aus der kulturellen Landschaft zu verbannen versuche. Filme, die Kurden in ihren verschiedenen Heimatländern drehen, an einem Ort zu versammeln wurde als Teil des globalen kurdischen Kampfes um „Existenz und Sichtbarkeit“ verstanden. Ähnliche Veranstaltungen folgten bald auch in Paris und Wien, auch in Hamburg. Besonders in Deutschland werden, worauf die Verfasserin nicht weiter eingeht, seit den Premierieren in Frankfurt und Berlin im Jahr 2002 in mehreren Städten regelmäßig kurdische Filmfestivals veranstaltet.

Dem Londoner Festivalinitiator Mustafa Gündoğdu war von Beginn an daran gelegen, die Anfänge einer genuin kurdischen Filmgeschichte aufzuspüren. Fündig wurde er in Armenien, wo bis heute eine kleine kurdische Minderheit lebt. Im armenischen Staatsarchiv entdeckte er 2006 den 1926 entstandenen Stummfilm „Zaré“, den Gündoğdu auf Festivals seither gerne als das allererste mit dem Kurdentum besetzte kinematographische Werk präsentiert. Der Spielfilm handelt von der Liebe zwischen der Dorfschönheit Zaré und einem Hirten, deren Scheitern der Filmautor in sozialistischer Manier auf feudale Verhältnisse und den rigiden Traditionalismus des Bergvolkes zurückführt – Ort der Handlung ist übrigens ein kurdisch-yezidisches Dorf.

Obwohl der Konflikt zwischen Liebe und Tradition auch im zeitgenössischen kurdischen Film häufig thematisiert wird und „Zaré“ aus Gündoğdus Sicht allein schon deshalb als eine Art Urmodell des kurdischen Films zu betrachten sei, trifft diese Einschätzung bei seinen Volksgenossen auf Kritik. Denn der Stummfilm erfüllt keineswegs die Kriterien, die Gündoğdu Kollegen für einen echten kurdischen Film für unabdingbar halten. „Zaré“ wurde nämlich nicht von einem Kurden, sondern von dem Armenier Hamo Beknazaryan gedreht, der als Begründer des armenischen Kinos gilt. Auch wird nicht Kurdisch auf den darin eingebendeten Schrifttafeln verwendet, sondern Armenisch, die ursprüngliche unterteilte Version ist in Russisch.

Auch ist nach Ansicht mancher heutiger kurdischer Cineasten das hier vermittelte Bild der Kurden viel zu sehr von Vorurteilen geprägt, als dass es als realistisch gelten könnte. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten herrscht in der kurdischen Filmgemeinde Einigkeit darüber, dass „Zaré“ allein schon deshalb ein Meilenstein der nationalen Filmgeschichte ist, weil der Film die Kurden als Volk sichtbar gemacht habe – und das gerade in einer Zeit, in der ihnen ihr nationales Recht auf Selbstbestimmung verweigert wurde.

Dass die Entdeckung des Stummfilms „Zaré“ von den Kurden in der Türkei begeistert aufgenommen wird, versteht sich von selbst. So schätzt auch die angesehene türkisch-kurdische Filmkritikerin und Regisseurin Müjde Arslan diesen Film, weil die Kurden darin zum ersten Mal auf der Leinwand als Volk dargestellt worden seien. Dazu sieht auch Müjde Arslan sich verpflichtet, hat für sie doch das kurdische Kino im Dienst der nationalen Revolution ihres Volkes zu stehen. Für die meisten Kurden in der Türkei ist aber bei der Beurteilung kurdischer Filmproduktionen die Verwendung des Kurdischen das entscheidende Kriterium. Einschlägige Podiumsdiskussionen müssen allerdings, wie die Anthropologin beobachten konnte, noch immer auf Türkisch geführt werden.

JOSEPH CROITORU